

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet www.der-paritaetische.de

Paritätischer Wohlfahrtsverband legt Konzept gegen »Energiearmut« vor

Zu unverzüglichem Handeln fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband die Bundesregierung anlässlich der Stromversteuerungen in diesem Jahr auf. Es sei untragbar, dass einkommensschwache Haushalte mit dieser Preistreiberei zusätzlich belastet werden. Bereits im vorletzten Jahr wurde 600.000 Haushalten in Deutschland der Strom abgestellt. Das Konzept des Paritätischen und des Deutschen Mieterbundes sieht eine Stromkostenübernahme bei Hartz IV-Beziehern sowie eine Erhöhung des Wohngeldes von derzeit durchschnittlich 120 Euro auf 160 bis 180 Euro im Monat vor. Die Gesamtkosten der Reformvorschläge beziffern die Verbände auf rund 790 bis 920 Millionen Euro. Der Verband verweist darauf, dass der Staat durch die Erhöhung der EEG-Umlage zusätzliche Einnahmen in Milliardenhöhe mache. Die Vorschläge für eine Reform des Wohngeldgesetzes und der Übernahme der Energiekosten im Grundsicherungsbezug stehen auf der Website des Paritätischen zum Herunterladen zur Verfügung.
www.der-paritaetische.de

Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt

Am Jahresende 2011 erhielten in Deutschland rund 332.000 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt (nach dem 3. Kapitel SGB XII Sozialhilfe). Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, stieg damit die Zahl der Hilfebezieher im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Prozent. Damit waren deutschlandweit vier von eintausend Einwohnern auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Zwei Drittel der Leistungsberechtigten (67%) lebten in Einrichtungen wie Wohn- oder Pflegeheimen, ein Drittel (33%) der Empfänger lebte außerhalb solcher

Einrichtungen. Sie führten überwiegend einen Einpersonenhaushalt. Mit knapp 41 Jahren waren die Leistungsbezieher außerhalb von Einrichtungen im Durchschnitt deutlich jünger als Bezieher in Einrichtungen. Diese waren durchschnittlich rund 53 Jahre alt.
www.destatis.de

Wohlfahrtsverbände aktualisieren Grundsatzpapiere

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat ihre grundlegenden Beschlüsse zur Beschreibung der Qualitätspolitik (2004) und der Qualitätsziele (2005) neu gefasst. Die nun vorliegende überarbeitete dritte Fassung richtet den Blick insbesondere auf das Zusammenwirken mit anderen europäischen Partnern, das in der Mitgestaltung und Unterzeichnung des »Freiwilligen Qualitätsrahmen für Dienste von allgemeinem sozialen Interesse« (Common Quality Framework for Social Services of General Interest, Brussels, 21. Juni 2010) seinen Ausdruck fand. Die Grundsatzpapiere stehen auf der Website der Organisation zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung.
www.bagfw-qualitaet.de

Alternatives Monitoring Arbeitsmarkt

Eine alternative Arbeitsmarktberichterstattung zu den offiziellen Zahlen und Deutungen der Bundesagentur für Arbeit will das Projekt »O-Ton-Arbeitsmarkt« liefern. Auf einer Website werden arbeitsmarktpolitische Statistiken und Forschungsberichte ausgewertet, Hintergründe zu aktuellen arbeitsmarktpolitischen Fragen beleuchtet und Schlaglichter aus der Praxis präsentiert. In der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurden zum Beispiel die gängigen Begründungen für die Kürzungen der Eingliederungshilfe kritisch beleuchtet.

Das Projekt wird gemeinsam vom Institut für Bildungs- und Sozialpolitik der Fachhochschule Koblenz unter der Leitung von Prof. Dr. Stefan Sell und dem Evangelischen Fachverband für Arbeit und soziale Integration e.V. getragen.
www.o-ton-arbeitsmarkt.de



Hohe Zustimmung zu medizinischer Vollversorgung

Asylbewerber, Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus und Obdachlose, die einen erschwerten Zugang zum deutschen Gesundheitssystem haben, sollten Anspruch auf eine medizinische Vollversorgung erhalten sollen. Fast zwei Drittel der Befragten einer vom Deutschen Caritasverband in Auftrag gegeben Untersuchung bejahen dies. Die Hälfte der Befragten ist sogar bereit, zusätzlich zu ihrer Krankenversicherung einen monatlichen Beitrag zu leisten, um die medizinische Versorgung dieser Gruppen zu finanzieren. Im Durchschnitt würden die Menschen dafür vier Euro zahlen. Die Umfrage, bei der 2.030 Personen über 18 Jahren von der Gesellschaft für Konsumforschung befragt wurden, wurde im Rahmen der Caritas-Kampagne »Armut macht krank – Jeder verdient Gesundheit« durchgeführt. Die Caritas will damit auf den Zusammenhang zwischen prekären Lebenssituationen und deren Auswirkungen auf die Gesundheit und die Lebenserwartung der Menschen aufmerksam machen.
www.jeder-verdient-gesundheit.de

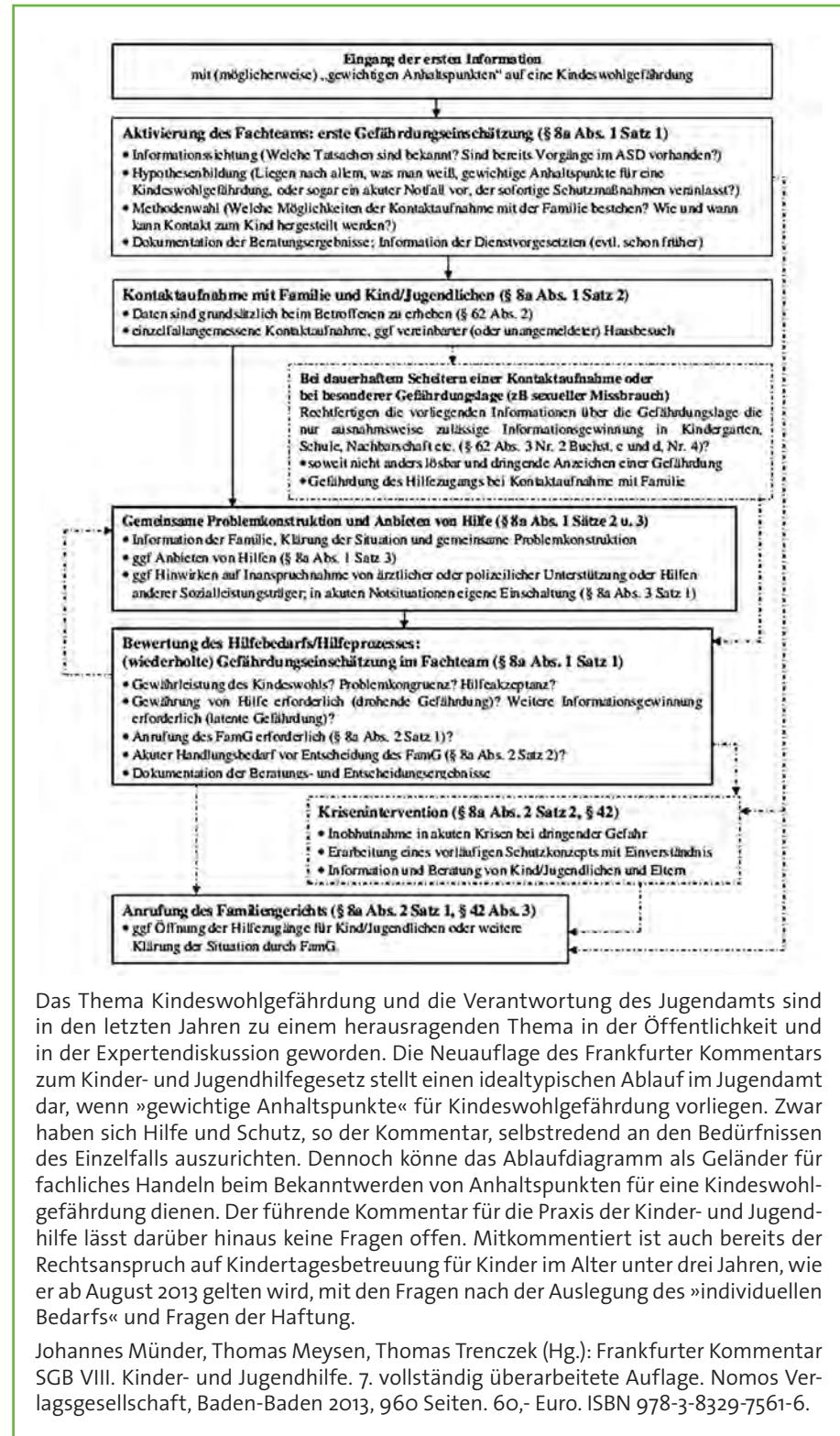
»Menschenrechtsbasierte« Forschung für behinderte Menschen gefordert

Die Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention hat die Bundesregierung aufgefordert, die Lebensla-

gen von Menschen mit Behinderungen verstkt zu erforschen. Eine gute Behindertenpolitik braucht spezifisches Wissen darüber, ob und wie behinderte Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen ihre Menschenrechte wahrnehmen können, erklte Valentin Aichele, Leiter der Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention. Die vorliegenden Datensammlungen über die Lebenslagen behinderter Menschen in Deutschland seien bisher nicht menschenrechtsbasiert. Es sei aber notwendig zu wissen, wie staatliche Maßnahmen die Lebenssituation behinderter Menschen beeinflussen und ob sie die unterschiedlichen Lebenslagen angemessen und differenzierend berücksichtigen, so Aichele. „Artikel 31 der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet Deutschland dazu, geeignete Informationen einschließlich Daten und Statistiken über die Lebenslagen behinderter Menschen zu sammeln und auf dieser Basis politische Maßnahmen zu entwickeln. Die Bundesregierung solle neben einem »Disability Survey«, wie er in Großbritannien durchgefürt werde, qualitative Spezialstudien in Auftrag geben zu den Lebenslagen von Gruppen, deren Rechtsausung besonders gefrdet sei. Hierzu gehörten beispielsweise Menschen mit mehrfachen Behinderungen oder Menschen, die in geschlossenen Einrichtungen wohnen oder arbeiten oder auch in Gefängnissen sind. Die Bundesregierung solle zudem die Prüfung und Fortentwicklung von menschenrechtsbasierten Indikatoren fördern und vom Staat unabhängige Strukturen für den erforderlichen Arbeits- und Überprüfungsprozess schaffen, so die Menschenrechtsexpertin. www.institut-fuer-menschenrechte.de

Forschungsnetzwerk gegen Kindesmissbrauch gegrtzt

Wissenschaftler aus ganz Deutschland haben ein »Forschungsnetz gegen Missbrauch, Vernachlässigung und Gewalt im Kindes- und Jugendalter« gegrtzt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat 20 Millionen Euro für die Förderung von entsprechenden Forschungsprojekten zur Verfügung gestellt. Die Gründung des Forschungsnetzes ist ein Ergebnis der Arbeit des Runden Tisches »Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnis-



Johannes Münder, Thomas Meysen, Thomas Trenczek (Hg.): Frankfurter Kommentar SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe. 7. vollständig überarbeitete Auflage. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013, 960 Seiten, 60,- Euro. ISBN 978-3-8329-7561-6.

sen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich«, den die Bundesregierung eingerichtet hat. Ein Fokus der Projekte liegt auf der Erforschung geeigneter Therapien. Das Projekt »Canmanage« beispielsweise will dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche, die Opfer von Gewalt oder Vernachlässigung sind, nicht mehr so lange wie heute oft üblich auf eine

Therapie warten müssen oder von den Angeboten gar nicht erreicht werden. An fünf Modellstandorten sollen dafür speziell ausgebildete Personen die Angebote und Informationen von Kinder- und Jugendhilfe, Beratungsstellen, Gesundheits- und Justizsystem vernetzen, um betroffene Kinder zu identifizieren, ihnen schnell und ohne burokratische Hemmnisse eine geeignete Therapie an-

zubieten. Ein weiterer Schwerpunkt des Forschungsnetzes sind Entstehung und Auswirkung von Missbrauch, Gewalt und Vernachlässigung. Die Wissenschaftler wollen psychische Störungen besser verstehen, die sich sofort oder erst im Erwachsenenalter zeigen, manchmal über Generationen hinweg.
www.uniklinik-ulm.de/struktur/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie/psychotherapie.html

Umfassende Beratungshilfe geboten

Vielfach werden die Berechtigungsscheine im Rahmen der Beratungshilfe pauschal auf komplexe Lebenslagen hin ausgestellt (z. B. »Trennung und alle daraus resultierenden Angelegenheiten«). Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat nun in einem Beschluss festgestellt, dass ein solcher Berechtigungsschein den Vergütungsanspruch des Rechtsanwalts gegen die Staatskasse nicht auf eine einzige Angelegenheit reduziert, sondern Gebührenansprüche für verschiedene Angelegenheiten begründen kann; im zu entscheidenden Fall für Beratungshilfe beispielsweise für Trennungs- und Kindesunterhalt, Versorgungsausgleich, Vermögensauseinandersetzung, Scheidung, Besuchsrecht, elterliche Sorge und Hausrat.

Az.: 3 Wx 189/12

Institut vermittelt psychiatrierfahrene Referenten

Ende letzten Jahres wurde in Bielefeld ein »Institut zur Vermittlung von Erfahrungswissen in der Psychiatrie« (IVEP) gegründet. Das neue Institut will insbesondere psychiatrierfahrene Referenten und Dozenten vermitteln für Tagungen, Workshops und Fortbildungen sowie Mitarbeitende für Klientenbefragungen und Evaluationen. Die Organisation wird in der Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) geführt und von Sibylle Prins und Hans Jürgen Lerz geleitet.
www.sibylle-prins.de/ivep.html

Freiwillige sind keine Arbeitnehmer

Durch eine ehrenamtliche Tätigkeit wird nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts kein Arbeitsverhältnis

Termine

Konfliktintervention und Deeskalation in der Hilfe für Personen mit sozialen Schwierigkeiten. 11. bis 13. Februar 2013 in Berlin. Führungsakademie für Kirche und Diakonie gemeinnützige AG, www.fakd-dm.de

Aktuelle Fragen des Sozialhilferechts. 4. bis 6. März 2013 in Weimar. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, www.deutscher-verein.de

Stiftungen und Förderfonds als Finanzierungsquelle. 6. März 2013 in München. Institut für Beratung und Projektentwicklung. www.ibpro.de

7. Bundestagung Integrierte Hilfen: Politik und Praxis der integrierten, sozialräumlichen Erziehungshilfen. 11. bis 13. März 2013 in Erfurt. Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen IGfH e. V., igfh@igfh.de, www.igfh.de

Werkstätten: Messe 2013. 14. bis 17. März 2013 in Nürnberg. Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e. V. Sonnemannstraße 5, 60314 Frankfurt am Main, www.bagwfbm.de

»Wir können einen Menschen doch nicht verhungern lassen!« Ethik in der Pflege. 11. April 2013 in Stuttgart. Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg, www.wohlfahrtswerk.de

Die Vereinsgeschäftsführung: Rechte, Pflichten und Gestaltungsspielräume. 16. April 2013 in Köln. Bank für Sozialwirtschaft AG. www.sozialbank.de

Wahrnehmen, Analysieren, Intervieren. Zugänge zu sozialen Wirklichkeiten. 26. und 27. April 2013 in Frankfurt am Main. Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit e. V., www.dgsainfo.de

Typische Fehler bei der Führung einer Betreuung und bei ihrer Abwicklung. 29. und 30. April 2013 in Leipzig. Kommunales Bildungswerk e. V., info@kbw.de, www.kbw.de

Teams leiten und entwickeln. 6. bis 8. Mai 2013 in Mainz. Katholische Fachhochschule Mainz. www.kfh-mainz.de.

Beratungsresistent!? Praktische und ressourcenorientierte Methoden zur psychosozialen Beratung von ausichtslosen Fällen. 13. bis 16. Mai

2013 in Herzogenrath. Fortbildungsakademie des Deutschen Caritasverbandes e. V. www.caritas-akademie.de

Beschäftigung innovativ gestalten. Wertschöpfung – Wertschätzung – Wettbewerb. 8. Kongress der Sozialwirtschaft. 12. bis 14. Juni 2013 in Magdeburg. www.sozkon.de

Internetauftritt und Web 2.0 für soziale Organisationen: Aufmerksamkeit und Resonanz in der virtuellen Welt. 17. und 18. Juni 2013 in Frankfurt am Main. Paritätische Akademie. www.akademie.org

Älter werden im Beruf. Fachkräfte öffentlicher und freier Träger der Jugendhilfe und der Sozialhilfe. 17. und 18. Juni 2013 in Gültstein. Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, www.kvjs.de

Was kommt nach der stationären Erziehungshilfe? Gelungene Unterstützungsmodelle für »Care Leaver«. 20. und 21. Juni 2013 in Hildesheim. Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen IGfH e. V., igfh@igfh.de, www.igfh.de

Grundlagen des Arbeitsrechtes in gemeinnützigen Einrichtungen. 16. Oktober 2013 in Berlin. Bank für Sozialwirtschaft AG. www.sozialbank.de

Umgang mit Angehörigen von Menschen mit Behinderungen. 23. April 2013 in Dortmund. Paritätische Akademie. www.akademie.org

Sachgerecht verhandeln, erfolgreich verhandeln. 4. bis 6. Oktober 2013 in Berlin. Führungsakademie für Kirche und Diakonie gemeinnützige AG, www.fakd-dm.de

Social Business und Social Media. 8. Oktober 2013 in München. Institut für Beratung und Projektentwicklung e. V. www.ibpro.de

Verändern durch Verstehen: Klientenzentrierte Gesprächsführung. 21. und 22. November 2013 in Berlin. Paritätische Akademie. www.akademie.org

Vorschau: 80. Deutscher Fürsorgetag. 16 bis 18. Juni 2015 in Leipzig. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, info@deutscher-verein.de, www.deutscher-verein.de

nis begründet. Im zu entscheidenden Fall war die Klägerin auf der Grundlage von schriftlichen »Beauftragungen« seit dem 2002 als ehrenamtliche Telefonseelsorgerin unentgeltlich im Umfang von zehn Stunden im Monat tätig, wofür sie einen Unkostenersatz von 30 Euro monatlich erhielt. Nach dem die Klägerin von ihrem Dienst entbunden worden war, erhob sie eine Kündigungsschutzklage. Diese blieb nun vor dem Bundesarbeitsgericht, wie schon in den Vorinstanzen, erfolglos. Zwischen den Parteien bestand nach Meinung der Richter kein Arbeitsverhältnis. Die Vereinbarung der Unentgeltlichkeit von Dienstleistungen sei – bis zur Grenze des »Missbrauchs« – rechtlich zulässig, wenn eine Vergütung, wie bei ehrenamtlicher Tätigkeit, nicht zu erwarten ist. Die Ausübung von Ehrenämtern diene nicht der Sicherung oder Besserung der wirtschaftlichen Existenz. Sie sei Ausdruck einer inneren Haltung gegenüber Belangen des Gemeinwohls und den Sorgen und Nöten anderer Menschen.

Az.: 10 AZR 499/11

Dienstvereinbarung gegen sexualisierte Gewalt in Einrichtungen

Die Fachhochschule Frankfurt am Main hat den Mustertext einer »Dienstvereinbarung zur Verhinderung sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen der Behindertenhilfe« erarbeitet. Weiter wurde der Mustertext einer »Handlungsempfehlung zum Umgang mit Grenzverletzungen, sexuellen Übergriffen und sexueller Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen in voll- und teilstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe« entwickelt. Beide Dokumente können im Internet kostenfrei heruntergeladen werden.

www.fab-kassel.de/hessisches/veroeffentlichungen.html

»Eine Fülle von Daten, aber keine Handlungsorientierung«

Der Paritätische Wohlfahrtsverband in Hessen kritisiert den ersten Landessozialbericht des Landes. Dennoch könnte das Dokument als Grundlage dienen, um politische Handlungsempfehlungen zu Themen wie Arbeit, Bildung, Woh-

nen, Gesundheit und soziale Teilhabe zu entwickeln. Das geht aus einer Expertise zum Landessozialbericht hervor, die der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen in Auftrag gegeben hat. Der Autor der Expertise, der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Walter Hanesch von der Hochschule Darmstadt, schlägt einen breiten Beteiligungsprozess vor, der alle relevanten Akteursgruppen einbeziehe. Das Land solle dazu eine Reihe von Fachkonferenzen zu den verschiedenen Lebenslagen einberufen, schlägt Hanesch vor. Grundsätzlich bemängelt Hanesch, dass der 500 Seiten dicke Landessozialbericht zwar eine Fülle von Daten liefe, aber keine Handlungsorientierung. Zudem klammere das Papier der CDU/FDP-Regierung Bevölkerungsgruppen aus, die in extremer Armut leben, wie Wohnungslose oder Drogenabhängige.

www.paritaet-hessen.org

Kinder in Angeboten der stationären Erziehungshilfe

Die Unterbringung von Vorschulkindern, Kleinstkindern und Säuglingen in stationären Erziehungshilfeinrichtungen ist durch die intensive Kinderschutzdebatte in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Diese Entwicklung fordert von Jugendämtern, Trägern, Einrichtungen und betriebserlaubniserteilenden Lan-

desjugendämtern, fachlich qualifizierte Betreuungsangebote vorzuhalten und bei Bedarf zu entwickeln. Unterschiedliche, altersentsprechende Entwicklungs- und Betreuungsbedarfen verlangen differenzierte Settings für Kleinkinder bis einschließlich 3 Jahre und für Kinder unter 6 Jahren. Das Landesjugendamt Rheinland hat seine Arbeitshilfe zu § 45 SGB VIII (»Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung«) aktualisiert. Die Arbeitshilfe enthält nun eine Beschreibung der Rahmenbedingungen und fachlichen Grundlagen zur Erteilung der Betriebserlaubnis für Angebote mit »jungen« Kindern. Die vierseitige Arbeitshilfe steht im Internet frei zugänglich zur Verfügung.

www.lvr.de/media/wwwlvrde/jugend/service/arbeitshilfen/dokumente_94/hilfen_zur_erziehung_1/ausicht_ber_station_re_einrichtungen/par45_sgb_viii/0213_Junge_Kinder_August_2012.pdf

Handreichung zu Arbeitsgelegenheiten

Beiräte von Jobcentern haben bei der Planung von Eingliederungsleistungen vor Ort eine wichtige Rolle. Ihre Aufgabe ist das Beraten der Jobcenter bei der Auswahl, Gestaltung und Umsetzung der Eingliederungsinstrumente für Arbeitsuchende. Die Kenntnisse

Ausgabenerhöhende Effekte pro Kopf, 2007 bis 2010 (in Euro)

Jahr	Gesamt- effekt	Alters- effekt	Sonstige
2007	75	15 (20%)	60 (80%)
2008	122	16 (13%)	106 (87%)
2009	101	18 (18%)	83 (82%)
2010	53	15 (29%)	38 (71%)



Quelle: Statistisches Bundesamt 2012b, BARMER GEK 2012, eigene Berechnung

Die Kosten für die »alternde« Gesellschaft werden überschätzt: Der demografische Wandel ist nicht die Hauptursache für die Kostensteigerung im Gesundheitswesen. Zu diesem Ergebnis kommt Dr. Uwe Repschläger, Bereichsleiter Unternehmenssteuerung bei der Barmer GEK, in einer Studie über den Einfluss der Altersstrukturen auf die Krankenkassenausgaben. Nach seinen Berechnungen mussten für einen Versicherten in den Jahren 2007 bis 2010 jährlich rund 88 Euro mehr aufgewandt werden. Von diesen Mehrkosten konnten nur 16 Euro (18 Prozent) den demografischen Strukturen zugeordnet werden, waren also durch das steigende Alter der Patienten verursacht. Repschläger sieht künftig sogar fallende Kosten hinsichtlich des demografischen Wandels. Bis zum Jahr 2040 geht er von zusätzlichen jährlichen Kosten zwischen 11 und 13 Euro pro Kopf aus, die durch altersbedingte Gründe entstehen.

www.barmer-gek.de

und Erfahrungen der örtlichen Arbeitsmarktakteure sollen nutzbringend eingebracht werden. Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Kammern und berufsständische Organisationen werden neben der Freien Wohlfahrtspflege mit eingebunden. Freie Träger können hier die Erfahrungen aus ihrer Arbeit mit Arbeitsuchenden einbringen und sich dafür einsetzen, dass die Eingliederungsleistungen der Jobcenter im Sinne dieser Menschen und ihrer Angehörigen gestaltet werden. Um den Vertretern und Vertreterinnen freier Träger in den Beiräten Unterstützung anzubieten, hat der Fachausschuss Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege eine Handreichung erarbeitet. Sie soll die Beiräte bei ihrer Arbeit vor Ort unterstützen, damit diese im Sinne der arbeitsmarktfernen Personen ihre Kompetenz einbringen können. Die Handreichung steht im Internet zum kostenlosen Herunterladen bereit.

www.bagfw.de/uploads/tx_twpublication/Handreichung_Beiratsarbeit_2012-10-01_Endfassung.pdf

Diskussion um Datenträgeraustausch

Der elektronische Datenträgeraustausch sei bei der Leistungsabrechnung mit Kranken- und Pflegekassen (§ 302 SGB V und § 105 XI) ineffizient und arbeite fehlerhaft, urteilte der Fachverband für Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung FINSOZ e. V. bereits Anfang 2012. Um über die Problemdiagnose und Lösungsvorschläge gemeinsam abzustimmen, fanden sich die Diakonie, Caritas, Rotes Kreuz, der Paritätische und zwei der großen Verbände der privatwirtschaftlichen Leistungserbringer, der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste und der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe zu einer Veranstaltung in Berlin zusammen. Diskutiert wurde über mögliche Gegenmaßnahmen, wie die bundesweite Abschaffung der vollständigen Übermittlung von Originalbelegen an die Kassen, der Umstieg auf moderne Übermittlungstechnologien und die Einrichtung einer unabhängigen Clearingstelle. Das Positionspapier zu dem Thema steht auf der Website des Fachverbandes zur Verfügung.

www.finsoz.de



Mit dem Computer-Programm easyBiograph können biografische Zeitbalken erstellt werden, wie sie in der Sozialen Arbeit oft eingesetzt werden. Die Software kann ab sofort kostenlos heruntergeladen und benutzt werden. Der biografische Zeitbalken ist dabei ein Instrument zur kooperativen Erfassung der Realbiografie mit wichtigen Abschnitten und Ereignissen in mehreren Karrieredimensionen. Daten zur Biografie der Klientin oder des Klienten können so aufgezeichnet und interpretiert werden. In dem Maße, wie das in Kooperation mit den Klienten geschieht, wird deren Eigendiagnose zur Diskussion gestellt und die Anamnese weist Merkmale eines Beratungsgesprächs auf. Anders als beispielsweise die Netzwerkarte (www.easynwk.com), welche die soziale Geografie der lebensweltlichen Einbindung der Schlüsselperson in den Blick nimmt, systematisiert und visualisiert der biografische Zeitbalken die Individualgeschichte in mehreren Dimensionen. Das Instrument wurde in der niederländischen Sozialpsychiatrie für das Eingangsgespräch entwickelt. Es bildet die wichtigsten lebensgeschichtlichen Daten entlang einer Zeitachse ab und ermöglicht die parallele Notation verschiedener Dimensionen der Biografie.

www.easybiograph.com

Diakonie verlangt 23 Euro für Altenarbeit

Kommunen müssten verpflichtet werden, für die Altenarbeit ein Basisbudget von 23 Euro pro Bürgerin und Bürger im Alter von über sechzig Jahren für Beratung, soziale Netzwerke und Treffpunkte zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Ergebnis kamen die 130 Verantwortungsträger aus der Altenhilfe von Evangelischer Kirche, Diakonie, Politik und anderen Verbänden, die Anfang Oktober 2012 in Düsseldorf über die Entwicklung generationenfreundlicher Wohnviertel diskutierten. Denn, so der Konsens der Verantwortungsträger, durch eine bessere Kooperation von Trägern und ein kommunales Basisbudget könnten Anschubfinanzierungen von Bund, Ländern und Stiftungen in verlässlichen Strukturen investiert werden. Die Ergebnisse der Tagung sind in der »Düsseldorfer Erklärung« zusammengefasst und stehen im Internet zum Herunterladen zur Verfügung.

www.diakonie-rwl.de/meldungen/duesseldorfer-erklaerung-2012.pdf

Die Armut konzentriert sich in Großstädten

Armut ist in den größten deutschen Städten meist deutlich weiter verbreitet als im Bundesdurchschnitt. In

Leipzig, Dortmund, Duisburg, Hannover, Bremen und Berlin lebt zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Deutlich besser stehen die meisten süddeutschen Metropolen und Hamburg da, allerdings ist auch dort die Armutssquote zuletzt gestiegen. Das ergibt eine neue Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung. Die Wissenschaftler haben Daten für die 15 größten deutschen Städte ausgewertet, in denen knapp 14 Millionen Menschen leben. Trotz der soliden wirtschaftlichen Entwicklung ist danach die Armutssquote in Deutschland wieder angewachsen. Im Jahre 2011 hatten nach den neuesten Daten des Statistischen Bundesamtes aus dem Mikrozensus 15,1 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens zur Verfügung. Dieser Wert entspricht einem Monatseinkommen von 848 Euro bei einem Alleinstehenden und markiert nach gängiger wissenschaftlicher Definition die Armutsschwelle. Im Jahr 2010 lag die Armutssquote bei 14,5 Prozent. Noch weitaus größer ist die Armutgefährdung in Deutschlands Metropolen, wie die Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts zeigt. Die Autoren haben für die 15 größten

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege
Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit



AUS DEM INHALT

Altenhilfe Behindertenhilfe Gefäßdienstleiste Jugendhilfe Jugendsozialarbeit Kinder- und Familienhilfe Migration	Der Gemeinschaft dienen Freiwilligendienste einen Ausdruck der Zivilgesellschaft steuern
Kultur der Mitgesellschaft Freiwilligendienste und bürgerschaftliches Engagement fördern gemeinsame Orientierungen herau	Offenheit als Chance und Risiko zugleich Der Bundesfreiwilligendienst ist gut gestartet, aber noch nicht am Ziel
Ältere Freiwillige im Bundesfreiwilligendienst Eine Befragung zu Motivation und Zufriedenheit des ersten Jahrgangs	Der Mehrwert der Sozialen Arbeit Eine neue Studie zum Social Return on Investment

Nomos

- Ausbildung in der Sozialen Arbeit**
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2006
- Die Verortung Sozialer Arbeit**
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2006
- Wirtschaft**
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2006
- Das Persönliche Budget**
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2006
- Engagement als Ressource**
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2006
- Soziale Arbeit und Wohnungswirtschaft**
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2007
- Stiftungen**
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2007
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2007
- Krisendienste**
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2007
- Beratung**
Schnittstellen der Jugendhilfe
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2007
- Selbstständigkeit in der Sozialen Arbeit**
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2007
- Kindertagesstätten**
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2008
- Jugendsozialarbeit**
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2008
- Wohlfahrtsverbände**
Produktionsauftrag: zivilgesellschaftlicher Mehrwert
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2008
- Islam**
Kritische Kooperation erwünscht:
Muslimische Vereine als Partner in der
Sozialen Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2008
- Pflegeversicherung**
Fünf Fragen an die Pflege der Zukunft:
Who cares? Wie Unterstützung und

Kooperation gestalten? Wie Teilhabe sichern? Wie finanzieren? Was macht gute Pflege aus?
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2008

Corporate Citizenship
Gute Geschäfte: Die Renaissance unternehmerischen Engagements
Kooperationen sind Tauschgeschäfte: Wie man Unternehmen als Partner gewinnt

Pflegeversicherung
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2008

Aspekte kommunaler Versorgung
Die Zukunft der Kommune:
weniger, älter, bunter
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2009

Forschung
Wissen generieren für die Theorie und für die Praxis Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2009

Verbraucherschutz
Vom Klienten zum Kunden – Konsequenzen für soziale Dienste und Einrichtungen
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2009

Recht
Fachkräfte Sozialer Arbeit als Experten für soziales Recht
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2009

Rechtsextremismus
Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2009

Gesundheitsschutz
Befähigung zur Gestaltung gesunder Lebenswelten
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2009

Ethik
Soziale Gerechtigkeit als Grundlage der Profession Sozialer Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2010

Armutsbewerterstattung
Was mit dem ersten Armutsbewerber von 1989 angestoßen wurde – und was immer noch nicht erreicht ist
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2010

Beschäftigungsförderung
Das Arbeitsleben mit Lebensarbeit verbinden und Verwirklichungschancen mehren
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2010

Zentren und Netze der Kompetenz
»Nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten«
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2010

Familienförderung und Kinderschutz
Die Förderung menschlicher Beziehungen als Aufgabe von Wohlfahrt
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2010

Corporate Governance

Soziale Dienste und Einrichtungen gut und richtig führen
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2010

Care
Sorge mit Aussicht – der private Haushalt und die Soziale Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2011

Soziale Daseinsvorsorge
Kommunen zwischen Haushaltskonsolidierung und ihren Aufgaben als Koordinator lokaler Arrangements
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2011

Generalisierung vs. Spezialisierung
Die soziale Profession braucht Einheit in Vielfalt
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Quartiersmanagement
Partizipation als Gewinn für alle
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Innovationen
Zwischen Reformstau und Reformmüdigkeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2011

Neuer Wohlfahrtsmix
So viel Nachbarschaft wie möglich, so viel professionelle Hilfe wie nötig
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2011

Person – Milieu – Sozialraum
Das Quartier als Milieu der Dienste und des Engagements
Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2012

Versorgung gestalten
Vom Zusammenwirken von Professionen, Diensten und Nutzern
Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2012

Beratung in der Sozialen Arbeit
Querschnittsaufgabe und spezialisiertes Arbeitsfeld
Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2012

Lebensqualität
Eine über Wachstum und Wohlstand hinausgehende gesellschaftliche Leitidee
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Steuerung in der Sozialen Arbeit
Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Soziale Freiwilligendienste
Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2012

Der Jahresbezugspreis beträgt 77,- Euro (für Studierende und arbeitslose Bezieher auf jährlichen Nachweis 39,- Euro). Die Einzelhefte können zum Preis von 17,- Euro zuzüglich Versandkosten und Mehrwertsteuer bezogen werden.

Nomos Verlagsgesellschaft,
Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden,
Telefon 07221 2104-0, Fax 07221 210427,
E-Mail Nomos@nomos.de,
Internet <http://www.nomos.de>

deutschen Städte die Armuts-Daten auf Basis des Mikrozensus ausgewertet und mit den Bezugsquoten von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) abgeglichen. Auf diese Weise lassen sich einerseits auch Menschen in verdeckter Armut erfassen, die aus Scham oder Unwissenheit auf Sozialtransfers verzichten. Kernergebnis der Studie: Auch in den meisten Großstädten sinkt zwar der Anteil der Menschen, die wegen Langzeitarbeitslosigkeit, als Aufstocker mit niedrigem Arbeitseinkommen oder aus anderen Gründen Leistungen nach dem SGB II erhalten. Doch gleichzeitig ist die Armutsquote in den Metropolen besonders spürbar nach oben gegangen: Im Durchschnitt von 17,5 auf 19,6 Prozent zwischen 2005 und 2011. Damit ist die Armut in den 15 größten Städten deutlich höher als im Rest der Republik. In sechs Städten lebt sogar zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Nur vier der Metropolen liegen am oder unter dem bundesweiten Durchschnitt.

www.boeckler.de/index_wsi.htm

Eltern geben Kindergeld sinnvoll aus

Eltern in Deutschland gehen mit dem Kindergeld im Durchschnitt verantwortungsvoll um und investieren es größtenteils zum Wohl der Kinder. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit veröffentlicht hat. Demnach fließt jeder Kindergeld-Euro mindestens zur Hälfte in Lebensmittel und die Verbesserung des Wohnumfeldes, wovon die Kinder unmittelbar profitieren. Erhöhte Ausgaben für Zigaretten und Alkohol lassen sich nicht nachweisen. Erst mit steigendem Alter der Kinder nutzen Eltern das Kindergeld vermehrt für eigene Freizeitaktivitäten.

www.iza.org/de

Wie man Pflegequalität messen kann

Das gemeinsame Konzept der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und des Deutschen Pflegerates sei eine gute Grundlage für eine Qualitätsberichterstattung auf der Basis von wissenschaftlich erarbeiteten Indikatoren für Ergebnisqualität. So

Kostenloses Handbuch zur Öffentlichkeitsarbeit



Das Handbuch »Erfolgreich kommunizieren für Jugend, Bildung und Kultur« der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. bietet einen praxisorientierten Einstieg in die professionelle Kommunikation im Kultur-, Bildungs-, Jugend- und Sozialbereich. Experten aus der Praxis führen in die Themen Marketing, Social-Media-Marketing, Fundraising sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ein. Die umfangreichen Anhänge ergänzen die Beiträge um Übungsmaterialien, Anleitungen und Checklisten für das Selbststudium. Das 70-seitige PDF-Dokument ist kostenlos aus dem Internet herunterladbar.

www.bkj.de/fileadmin/user_upload/documents/Aktuelles/Neuerscheinungen/BKJ_Erfolgreich_Kommunizieren_01.pdf

lautete das Fazit der Tagung »Indikatoren für Ergebnisqualität in der stationären Pflege« am 11. September 2012. Wissenschaft, Verbraucherschutz, Selbsthilfeorganisationen und das Bundesministerium für Gesundheit waren eingeladen, den pflegewissenschaftlichen Dialog zu führen hinsichtlich der Eignung und Reichweite der von Dr. Klaus Wingenfeld vom Institut für Pflegewissenschaft an der Universität Bielefeld und von Dr. Dietrich Engels vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH entwickelten Ergebnisqualitätsindikatoren. Diskutiert wurden auch die Voraussetzungen für deren Übernahme in den Regelbetrieb. Im Verlauf des Projekts waren Qualitätsindikatoren und Instrumente erarbeitet worden, mit denen sich Ergebnisqualität zuverlässig messen und beurteilen lässt. Sie wurden während einer zehnmonatigen Praxisphase in vollstationären Pflegeeinrichtungen erprobt. Der Abschlussbericht des Projekts steht im Internet frei zugänglich zur Verfügung.

www.bagfw.de/fileadmin/media/projekte/Qualit%C3%A4t/A4t/Abschlussbericht_Ergebnisqualitaet_.pdf

Dokumentation zum Deutschen Fürsorgetag liegt vor

Die umfangreiche Dokumentation des letzten Deutschen Fürsorgetages steht als PDF-Dokument im Internet kosten-

los zum Abruf bereit. Unter dem Sammelmotto »Ohne Bildung keine Teilhabe – Von der Kindheit bis ins hohe Alter« hatte der 79. Deutsche Fürsorgetag im Mai 2012 in Hannover stattgefunden. Die Textsammlung enthält auf 1.229 Seiten zahlreiche Redebeiträge, Fachvorträge und Zusammenfassungen von Workshops.

www.deutscher-verein.de

Neue Forschungsstelle untersucht Innovationssysteme der Wohlfahrtsorganisationen

Der Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart fördert den Aufbau einer »Forschungsstelle Innovationssysteme der Wohlfahrtsorganisationen« an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen am Bodensee. Die neue Forschungsstelle hat das Ziel, die Funktion der Wohlfahrtsverbände neu zu denken. Dabei sollen unter anderem Antworten auf Fragen gefunden werden, wie angesichts sich verändernder sozialstaatlicher Strukturen die Verbände eigene Positionen jenseits ihrer traditionellen Rolle besetzen, sich weiter professionalisieren und dabei selber zum zivilgesellschaftlichen Akteur werden können. Die empirisch angelegte Forschung in dem Projekt ordnet sich hauptsächlich in die Forschungsstrände »Non-Profit-Forschung« und »Sozialunternehmertum-Forschung« ein. Das Projekt ist darauf ausgerichtet,

die Forschungsergebnisse unmittelbar in die Praxis zu überführen.
www.caritas-rottenburg-stuttgart.de

Kommentar zum Europäischen Sozialrecht neu aufgelegt

Der »Fuchs« ist der Standardkommentar zum Europäischen Sozialrecht, der die zentralen Rechtsquellen des Gebiets umfassend darstellt. Das neu aufgelegte Werk bietet Argumentations- und Lösungshilfen für nahezu alle Fallgestaltungen des Europäischen Sozialrechts und hat seit seinem ersten Erscheinen in Wissenschaft und Praxis ein positives Echo gefunden. Die sechste Auflage bringt das Recht der Koordinierung der sozialen Sicherheit auf den aktuellen Stand. Besonderer Wert wurde bei der Kommentierung auf die Bearbeitung der Vorschriften über die Administration der Koordinierung und die Verwendung elektronischer Medien und Dokumente gelegt.

Maximilian Fuchs (Hg.): Europäisches Sozialrecht. 6. Auflage. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. 1.002 Seiten. 148,- Euro. ISBN 978-3-8329-7790-0.

Kongress Armut und Gesundheit will »Brücken bauen zwischen Wissen und Handeln«

Der 18. Kongress Armut und Gesundheit findet am 6. und 7. März 2013 in Berlin statt unter dem Titel »Brücken bauen zwischen Wissen und Handeln – Strategien der Gesundheitsförderung«. In den mehr als 80 Fachforen, Workshops und Gesprächsrunden soll diskutiert werden zum 4. Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, zur Gesundheit von Erzieherinnen und Erziehern, zur Situation von Migranten ohne Krankenversicherung, zur Schnittstellenproblematik in den Frühen Hilfen, zu Armut in den Kommunen, zu Gesundheit und Wohnungslosigkeit, zum Älterwerden in ländlichen Regionen sowie zu zahlreichen weiteren Themen der gesundheitlichen Chancengleichheit. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf Fragen des Transfers, etwa von Ansätzen der gemeindeorientierten Gesundheitsförderung in kommunaler Praxis und Politik.

www.armut-und-gesundheit.de

Kennzahlen

»Ohne Zahl kann die Vielheit der Dinge nicht bestehen; denn ohne Zahl gibt es keine Unterscheidung, Ordnung, Proportion, Harmonie.«

Nikolaus von Kues, deutscher Philosoph (1401–1464)

3.5960

Durchschnittliche Krankenhauskosten in Euro je »Fall« in Deutschland im Jahre 2011

3.695.000

Anzahl der Erwerbstätigen in Deutschland, die im Jahre 2011 angaben, länger arbeiten zu wollen

8.124

Existenzminimum in Euro für Alleinstehende in Deutschland für das Jahr 2013

170.544

Zahl der Betten in deutschen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen im Jahre 2011

47

Anzahl Gläser Schaumwein (0,1 Liter), die jeder Mensch in Deutschland im Jahre 2011 durchschnittlich getrunken hat

50

Gewicht der Internet-Inhalte in Gramm
(Die gesamten Daten im Internet sind auf 540 Milliarden-Trillionen Elektronen gespeichert, die zusammen etwa 50 Gramm wiegen.)

2.082.420.000.000

Öffentliche Schulden in Euro in Deutschland am 30. Juni 2012
(Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Extrahaushalte)